



Herrn Oberbürgermeister  
Stefan Schostok  
Rathaus  
30159 Hannover

17. Mai 2016

**Anfrage** gem. § 14 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover  
in die nächste Ratsversammlung

### **Schutz für Frauen und Kinder in Flüchtlingsunterkünften**

Die Forderung der CDU-Ratsfraktion, eine separate Unterbringung alleinstehender weiblicher Flüchtlinge und Frauen mit Kindern zu prüfen, wurde von der Ratsmehrheit 2015 abgelehnt. Nun wurde vom „Verbund von Beratungs- und Interventionsstellen (BISS) gegen häusliche Gewalt“ im Gleichstellungsausschuss vom 02.05.2016 berichtet, dass es eine Dunkelziffer bei Gewalt an Frauen in Flüchtlingsunterkünften gebe, da in vielen Fällen die Polizei nicht hinzugezogen werde.

#### **Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:**

1. Wie hoch ist die Dunkelziffer bei Gewalt an Frauen in Flüchtlingsunterkünften, bzw. welche präventiven Maßnahmen (Informationsmaterial, Beratungen, etc.) werden in Flüchtlingsheimen für Frauen und Kinder angeboten?
2. Welche Betreiber von Flüchtlingsunterkünften haben sich besonders auf die Unterbringung von Frauen/Kindern spezialisiert und können besondere soziale Kompetenz auf dem Gebiet aufweisen?
3. Hat die Stadt Mittel beantragt, welche das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Städten als Darlehen für Investitionen in den Neu- und Umbau sowie für den Erwerb von Flüchtlingsunterkünften zur ausschließlichen Nutzung durch Frauen und Kinder zur Verfügung stellen? Wenn ja, in welcher Höhe, wenn nein, warum nicht?

Jens Seidel  
Fraktionsvorsitzender

Für Rückfragen steht Ihnen unsere sozialpolitische Sprecherin, **Jutta Barth**, unter 0172/5 11 85 26 zur Verfügung.